

Gute Gründe für eine stabile Euro-Mark

Kaum ein europapolitisches Thema hat in den letzten Jahren so die Gemüter erhitzt wie die Diskussion über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Radikale von Rechts und Links haben in unsachlicher Art und Weise versucht, diese Debatte für ihre politischen Ziele zu nutzen. Nach der klaren Entscheidung für Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank hat sich die Auseinandersetzung inzwischen deutlich beruhigt und versachlicht. Gerade jetzt im Europawahlkampf droht jedoch erneut eine unsachliche und polemische Behandlung des Themas. Deshalb noch einmal die wichtigsten Argumente auf einen Blick:

Die Risiken einer Europäischen Währungsunion sind deutlich begrenzt

● Strikte Stabilitätskriterien entscheiden über die Teilnahme

Die Staatsverschuldung von Teilnehmerstaaten darf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, die Neuverschuldung nicht höher sein als 3 Prozent des Volkseinkommens, die Inflation nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Staaten liegen.

● Weichwährungsländer haben keine Chance

Die Teilnahmebedingungen sind so streng, daß gegenwärtig kaum ein Land die Mitgliedschaftsvoraussetzungen erfüllt. Selbst Deutschland muß noch gewaltige Anstrengungen unternehmen, damit es den Stabilitätsbedingungen gerecht wird. Das spricht nicht gegen, sondern für die Solidität des Vertrags! Nach gegenwärtigem Stand haben außer uns nur Hartwährungsländer wie Luxemburg, Niederlande, Frankreich und Dänemark eine Chance, sich 1999 zu qualifizieren. Diese Länder sind reif für eine Stabilitätsgemeinschaft mit Deutschland, die anderen müssen erhebliche zusätzliche Anstrengungen unternehmen, wenn sie nach 2000 auch dazustoßen wollen. Der Vertrag ist ausdrücklich darauf angelegt, daß eben nicht alle mitmachen können, müssen und dürfen.

● Der Vertrag ist nach den Vorstellungen der Deutschen Bundesbank ausgehandelt

Die Deutsche Bundesbank und ihre führenden Repräsentanten waren während des gesamten Verhandlungsprozesses über die Währungsunion immer eng einbezogen und konnten den Vertrag nach ihren Vorstellungen

gestalten. Die Währungsunion trägt die Handschrift der Deutschen Bundesbank. Die Europäische Währungsunion wird von Frankfurt aus nach deutschen Regeln gestaltet.

● Die Europäische Zentralbank wird nach dem Vorbild der Bundesbank gestaltet

Die Europäische Zentralbank wird nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank von politischen Weisungen unabhängig und nur dem Geldwert verpflichtet sein. Die Notenbanken der anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen schon vor der Einführung einer europäischen Währung das deutsche Stabilitätsmodell übernehmen. Sie sind dann nicht mehr abhängig von politischen Weisungen ihrer Regierungen.

● Die europäische ist nicht mit der deutsch-deutschen Währungsunion vergleichbar

Die Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen DDR ist mit einer möglichen zukünftigen europäischen Währungsunion nicht vergleichbar. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft waren um ein Vielfaches größer als diejenigen zwischen den wahrscheinlichen Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion. Infrastruktur und Produktionsmittel waren völlig veraltet, das Preissystem funktionierte nicht, die Ost-Mark war kein international akzeptiertes Zahlungsmittel, es gab keine mehrjährige Vorbereitungszeit und Entwicklung in Richtung auf Konvergenz der Wirtschaften, der Umtauschkurs richtete sich nicht nach langfristig auf den internationalen Devisenmärkten sich ergebenden Wechselkursen, sondern nach politischen Notwendigkeiten, und die DDR-Wirtschaft war auf die sich auflösenden Märkte in Mittel- und Osteuropa ausgerichtet. Wer die deutsch-deutsche und die europäische Währungsunion gleichsetzt, argumentiert unseriös.

Die Durchsetzung des Vertrages ist gesichert

Häufig ist das Argument zu hören, der Vertrag sei gut, aber wer garantiere, daß er nicht nachträglich aufgeweicht werde? Dafür sind Vorkehrungen getroffen.

● Es gibt keinen Automatismus zur Währungsunion

Der Deutsche Bundestag hat bei der Ratifikation ausdrücklich festgestellt, daß er sich vor dem Eintritt Deutschlands in die Währungsunion noch einmal mit dieser Frage befassen wird. Sollten die Kriterien dann nicht erfüllt sein, wird Deutschland der Währungsunion nicht beitreten.

● Das Bundesverfassungsgericht garantiert die Anwendung der Stabilitätskriterien

Das Bundesverfassungsgericht hat den Vertrag über die Europäische Union in allen seinen Teilen gebilligt und damit den Europagegnern eine klare Absage erteilt. Es hat aber in seinem Urteilsspruch auch ausdrücklich die Linie der Bundesregierung unterstützt, daß eine Teilnahme Deutschlands an der Währungsunion nur unter der Voraussetzung der Erfüllung der im Vertrag vereinbarten Stabilitätskriterien erfolgen kann. Damit ist jedem Versuch, die Kriterien nachträglich aufzuweichen, durch die deutschen Verfassungshüter ein wirksamer Riegel vorgeschoben worden.

● Die europäische Stabilitätskultur hat sich der deutschen angenähert

Viele unserer europäischen Nachbarn sind inzwischen stabilitätsorientierter, als wir denken. Trotz der besonderen deutschen Erfahrungen mit Inflation in den zwanziger Jahren, liegt Deutschland inzwischen nur noch auf einem

guten Mittelplatz bei der Inflationsbekämpfung. Andere haben dazugelernt. Mit unabhängigen Zentralbanken wird sich dieser Prozeß sogar noch verstärken.

● Auch nach Beginn der gemeinsamen Währung gibt es Sanktionsmöglichkeiten

Wer sich nicht an strenge Stabilitätspolitik hält, kann auch nach Beginn der Währungsunion mit Sanktionen belegt und bestraft werden. Die Spannbreite möglicher Sanktionen reicht von der einfachen Ermahnung bis zu schwerwiegenden finanziellen Konsequenzen.

● Der Vertrag über die Währungsunion ist vor nachträglicher Manipulation geschützt

Das Bundesbankgesetz, die Grundlage für die Arbeit der Deutschen Bundesbank, kann mit Mehrheit vom Deutschen Bundestag abgeändert werden. Die rechtliche Grundlage für die Europäische Währungsunion ist dagegen weitaus besser gesichert. Da sie Bestandteil des Vertrags über die Europäische Union ist, kann ihre Ausgestaltung nur einstimmig von allen zwölf Mitgliedstaaten verändert werden. Ohne oder gar gegen Deutschland geht nichts.

Die Währungsunion nutzt Wirtschaft und Arbeitnehmern

1993 ist das System enger Wechselkursbandbreiten im Europäischen Währungssystem unter der Last professioneller Spekulation zerbrochen. Die Kurse können jetzt wieder in einer großen Bandbreite schwanken, ohne daß die Notenbanken zum Eingreifen verpflichtet wären. Die Notwendigkeit für eine gemeinsame europäische Währung ist dadurch erheblich gewachsen.

● Eine gemeinsame Währung schützt die Exportwirtschaft

Wechselkursschwankungen sind Gift für die deutsche Exportwirtschaft, die das Rückgrat der deutschen Industrie ist. Schon geringe Kursschwankungen können aus einem guten Geschäft einen großen Verlust machen und eventuell sogar die Existenz eines Unternehmens gefährden. Die Absicherung von Wechselkursrisiken bei Banken ist zwar möglich, führt dann aber zu zusätzlichen Kostenbelastungen und verschlechtert die Wettbewerbssituation. Eine weit verbreitete europäische Währung verbessert auch die Chancen, daß internationale Verträge zwischen Handelspartnern von Anfang an in unserer Währung statt in Dollar abgeschlossen werden.

● Eine gemeinsame Währung schützt deutsche Auslandsinvestitionen

Auslandsinvestitionen sind notwendig, um die Stellung deutscher Unternehmen auf internationalen Märkten zu stärken und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Große Wechselkursschwankungen können — wie die Erfahrung in der Vergangenheit gezeigt hat — Auslandsinvestitionen unrentabel machen und dadurch in ihrem Bestand gefährden. Das Ergebnis sind große Verluste für deutsche Unternehmen und die Gefährdung von Arbeitsplätzen auch bei uns.

● Eine europäische Währung schützt die Arbeitnehmer vor Währungsdumping

Die jüngsten deutlichen Aufwertungen der D-Mark gegenüber wichtigen Konkurrenzwährungen haben die Wettbewerbsposition der deutschen Exportindustrie beschädigt, Arbeitsplätze gefährdet und zusätzlichen Druck auf Löhne und Sozialsystem ausgeübt. Solche negativen Entwicklungen können nur durch eine gemeinsame Europäische Währung vermieden werden. 10 Millionen Arbeitsplätze sind abhängig von unseren Exportchancen, mehr als 5 Millionen Arbeitsplätze von der Ausfuhr in Länder der Europäischen Union.

● Eine europäische Währung erleichtert die Mobilität für Arbeitnehmer

Immer mehr deutsche Arbeitnehmer entschließen sich, für einige Jahre berufliche Erfahrungen in unseren Nachbarländern zu sammeln. Für viele Grenzlandbewohner ist die Arbeit im Nachbarland schon seit langem tägliche Praxis. Teurer Umtausch und hohe Gebühren für Überweisungen sind gerade für diese Arbeitnehmer ein ständiges Ärgernis. Das ist vermeidbar durch eine gemeinsame Währung der Stabilitätsländer.

Die Währungsunion ist auch politisch von zentraler Bedeutung

● Die Währungsunion fördert die Entwicklung einer europäischen Stabilitätskultur

Schon vor der Einführung einer europäischen Währung hat die Europäische Währungsunion große Auswirkungen auf die Stabilitätskultur in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Alle müssen ihre Zentralbank unabhängig werden lassen und nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet sein. Alle anderen 12 Staaten müssen das Modell der Deutschen Bundesbank übernehmen. Dies ist ein großer Erfolg für mehr Stabilität in Europa, der auch uns zugute kommt.

● Die Währungsunion fördert eine verantwortliche Wirtschaftspolitik

Wer in Europa nicht in die zweite Reihe der wirtschaftlich schwächeren Staaten zurückfallen will und sich deshalb für die Währungsunion qualifizieren möchte, muß jetzt eine seriöse Wirtschaftspolitik betreiben:

Rückführung der Neuverschuldung, Senkung der Preissteigerung und Schuldenabbau. Die Währungsunion ist ein entscheidender Anreiz für vernünftige und solide Wirtschaftspolitik in Europa.

● Europäisierung von Entscheidungen statt Mißgunst und Konfrontation

Es ist letztlich für alle Völker Europas schädlich, wenn sich eine große Mehrheit bei Entscheidungen ausgeschlossen fühlt, die zentral sind auch für die Zukunft des eigenen Landes. Die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank über die Geldmenge und das Zinsniveau sind zentral für die Zukunft unserer Nachbarn. Aufschwung und Arbeitsplätze in diesen Ländern hängen nicht zuletzt davon ab. Die Europäische Währungsunion europäisiert die zinspolitischen Entscheidungen und macht gleichzeitig das deutsche Stabilitätsmodell für alle verbindlich.

● Europa wird ein einflußreicher Partner weltweit

Die Staaten Europas waren noch im 19. Jahrhundert die führenden Mächte weltweit. Zwei Bruderkriege mit unvorstellbaren Zerstörungen haben uns an den Rand der Geschichte gedrängt. Nur im Rahmen eines geeinten Europa können die Völker dieses Kontinents ihre Vorstellungen und Interessen noch weltweit wirksam vertreten. Die Europäische Währungsunion ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer immer engeren Europäischen Union, die die Interessen ihrer Bürger kraftvoll wahrnehmen kann.